

Be Diverse, be Free

Viel erreicht, noch viel zutun

Präambel

Unsere Sexualität, unsere sexuelle Identität und unsere geschlechtliche Identität prägen unser Leben. Sie sind wichtiger Bestandteil unserer Identität und jederzeit ein integraler Teil von uns. Die Freiheit diese drei identitätsstiftenden Bestandteile auszuüben und auszuleben ohne staatliche oder gesellschaftliche Diskriminierung oder Ausgrenzung zu erdulden ist eine elementare Freiheit, für die wir als LISL NRW eintreten und kämpfen.

In Deutschland ist hier sowohl in der Gesellschaft als auch rechtlich schon viel erreicht worden, doch gibt es auch hier noch viel zu tun. Gesellschaftliche und soziale Normen üben nach wie vor, zum Teil einen hohen Erwartungsdruck aus und verhindern so die freie und individuelle Persönlichkeitsentfaltung. Gleichzeitig ist auch durch eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft das Ausleben der sexuellen oder Geschlechtsidentität nicht möglich oder sogar gefährlich. No-Go Areas existieren sowohl in deutschen Großstädten als auch in ländlichen Raum. Auch im internationalen Umfeld ist die Freiheit die eigene Sexualität, sexuelle und geschlechtliche Identität auszuleben oft noch deutlich eingeschränkt, oder sogar unter Gefahr für das eigene Leben unterdrückt. Es gilt also auch hier, dass zwar viel erreicht wurde, aber noch viel mehr zu erreichen ist.

Queer-Rechte in Deutschland

Der Kampf für die Gleichberechtigung aller sexueller und geschlechtlicher Identitäten hat in Deutschland schon viele Fortschritte gemacht. Gerade in der Ausgestaltung von Gesetzen ist insbesondere für gleichgeschlechtlich lebende viel erreicht worden. Die "Ehe für alle", die Gleichstellung im Adoptions- und Steuerrecht wurden über Jahrzehnte hinweg erkämpft. Teils gegen enorme Widerstände der CDU/CSU und nur durch Urteile des Bundesverfassungsgerichtes. Doch werden diese Erfolge nun an vielen Stellen gegen weiteren Fortschritt ins Feld geführt. Der Vorwurf, es wäre nie genug, es ginge zu schnell für die Gesellschaft, es wäre nun Zeit sich anderen Themen zu widmen steht immer öfter im Raum. Doch kann für Liberale nichts wichtiger, nichts drängender, nichts erstrebenswerter sein, als die Selbstverwirklichung von Menschen zu ermöglichen und dafür zu kämpfen.

In der Gesetzgebung gibt es an verschiedenen Stellen immer noch Diskriminierung von queeren Menschen, die es zu beenden gilt. Für uns sind hier besonders wichtig:

- Die Aufnahme der sexuellen und geschlechtlichen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes, um endlich den Schutz dieser beiden identitätsstiftenden Merkmale in unserer Verfassung zu verankern sowie die Erweiterung von Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes auf alle Geschlechter.
- Die Beendigung der Diskriminierung von Menschen anhand ihrer sexuellen Identität beim Blutspenden. Diese ist völlig sachgrundlos. Statt hier allein auf die sexuelle Identität abzustellen fordern wird, dass das persönliche Risikoverhalten der ausschlaggebende Grund für einen Ausschluss vom Blutspenden sein sollte, nicht aber die sexuelle Identität.
- Die umfassende Beseitigung von Hürden für Regenbogenfamilien in allen Belangen im Familien- und Abstammungsrecht. Dies schließt auch die rechtliche Mehrelternschaft, Elternschaftsvereinbarungen vor der Zeugung sowie die Zulassung von Leihmuttertschaft und Eizellspende mit ein.

- Mit der Schaffung des diversen Geschlechtseintrags und der zusätzlichen Flexibilisierung des Geschlechtseintrags im Personalausweis wurden Fortschritte für inter- und transsexuelle Menschen sowie Personen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität gemacht. Dennoch sollte die Angabe des Geschlechts in Formularen und Datenverarbeitung des Staates und der Sozialversicherungen auf das sachlich gebotene Minimum begrenzt werden und verpflichtend sein, wenn sich daraus keine Rechtsfolgen ergeben
- Mittelfristig die Überarbeitung von Gesetzen und Verordnungen, so dass diese geschlechtsneutral formuliert sind, sofern das ohne Veränderung des Rechtsinhalts und ohne Probleme mit der Verständlichkeit und Akzeptanz des Rechtstextes möglich ist. Hier soll ein Fokus insbesondere auf neu erlassene Rechtstexte gelegt werden und sukzessive auch alte Rechtstexte angepasst werden. Wir halten dies für wichtig, da allgemeinverbindliche Rechtstexte auch das gesamte Spektrum der Bevölkerung adressieren sollten.
- Für geflüchtete Personen soll eine Selbstauskunft über die eigene sexuelle und geschlechtliche Identität künftig ausreichend sein, sofern diese nicht offenkundig rechtsmissbräuchlich ist. Prüfungen dieser enorm persönlichen und intimen Identitätsmerkmale lehnen wir ab, da sie ohnehin nicht objektiv erfolgen können.
- Straftaten die gegen Menschen aufgrund ihrer Sexualität, sexuellen oder geschlechtlichen Identität verübt werden, sollen als Hassverbrechen gelten. Darüber hinaus sollen diese Straftaten in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik separat erfasst und ausgewiesen werden. Darüber hinaus begrüßen wir sehr das Vorgehen der Berliner Polizei, über Queer-feindliche Straftaten öffentlich zu berichten. Dies kann dazu beitragen die nötige Aufmerksamkeit zu schaffen, bzw. den Fokus auf Probleme nicht zu verlieren.

Gesellschaftlicher Fortschritt als Motor für

Selbstverwirklichung

Für uns als Liberale steht jederzeit die individuelle Selbstverwirklichung im Zentrum all unserer Bestrebungen. Neben den politischen Rahmenbedingungen ist dafür insbesondere auch der gesellschaftliche Fortschritt ein zentraler Motor. Die Sensibilisierung für Queere Menschen in allen Lebensbereichen von der Geburt bis zum Lebensende benötigt noch viel Arbeit und diese Arbeit wollen wir unterstützen. Hier geht es um Wissen, Awareness und die Überwindung von Vorurteilen und Stereotypen. Ganz konkret bedeutet das für uns:

- Wir fordern, dass Fragen von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, des Coming-outs und unterschiedliches Familienformen sowie Gendersensible Sprache und Verhaltensweisen Teil der Lehrer: innen und Erzieher: innen Ausbildung wird, denn ein wichtiger Teil der Jugend verbringen Kinder in Kitas und der Schule. Deswegen sehen wir hier besonderen Bedarf und großes Potential künftige Diskriminierung und Ausgrenzung zu vermeiden.
- Wir begrüßen ehrenamtliches Engagement in all seinen Facetten. Gerade Vereine und Verbände tragen viel zum Gesellschaftlichen miteinander bei. Gleichzeitig können diese aber auch durch verkrustete Strukturen Diskriminierung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität zementieren. Deswegen fordern wir, dass künftig die Gemeinnützigkeit von Vereinen an die Nicht-Diskriminierung von Queeren Menschen gekoppelt wird. Gleichzeitig wollen wir, dass die Bundesregierung ein Förderprogramm für Diversity in Vereinen aufsetzt, bei dem in Pilotprojekten Konzepte für Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen in Vereinen entwickelt und umgesetzt werden.

- Religionsgemeinschaften machen einen zentralen Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders aus und die Religionsfreiheit ist ein hohes, vom Grundgesetz geschütztes Gut. Führt die Ausübung der Religion aber zur Diskriminierung anderer Menschen, muss dem entschieden entgegengetreten werden. Wir fordern alle Religionsgemeinschaften auf, sich bezüglich ihrer Einstellung zu Queeren Menschen zum Grundsatz der Nicht-Diskriminierung zu bekennen. Gleichzeitig wollen wir auch hier, dass staatliche Förderung und Unterstützung für Religionsgemeinschaften nur dann möglich ist, wenn diese sich zur Nicht-Diskriminierung bekennen.

Queer-Rechte weltweit

In Deutschland ist es im internationalen Vergleich um die Rechte queerer Menschen bereits ziemlich gut bestellt. Selbst in einigen Staaten der EU gibt es teilweise noch starke Diskriminierungen von Queeren Menschen. Weltweit ist werden Menschen immer wieder wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität bedroht, verfolgt und getötet. Hier hat Deutschland auch eine internationale Verantwortung, denn für uns gilt, dass Queer-Rechte unverhandelbare Grundrechte für alle Menschen sind. Überall wo queere Menschen diese Grundrechte nicht wahrnehmen können, muss Deutschland zu Änderungen drängen. Konkret fordern wir:

- Aus der Grundrechte-Charta der Europäischen Union ergibt sich klar das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität. Staaten, die gegen diese Charta verstoßen oder bereits heute die Rechte von queeren Menschen mit Füßen treten, wie z.B. Ungarn oder Polen sollen schnell im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren bestraft und zum Umlenken gezwungen werden. Staaten, die sich langfristig weigern queere Menschen nicht zu diskriminieren müssen auch als ultima ratio aus der EU ausgeschlossen werden können.
- Entwicklungszusammenarbeit muss für uns durch die Wahrung der Grundrechte geprägt sein. Staaten die finanzielle, strukturelle oder anderen Hilfen durch Deutschland oder die EU erhalten, dürfen Queere-Menschen nicht Kriminalisieren. Uns ist bewusst, dass gesellschaftliche Änderungen teilweise nicht schnell umgesetzt werden können, aber zumindest von Seiten der Gesetzgebung ist für uns erforderlich, dass keine staatliche Kriminalisierung queerer Menschen erfolgt.
- Für uns hat die UN eine besondere Verantwortung. Mit Unverständnis nehmen wir zur Kenntnis, dass immer wieder Staaten in den Menschenrechtsrat der UN berufen werden, die Queere Menschen verfolgen und ggf. sogar töten. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Wir fordern die Bundesregierung und die Mitgliedsstaaten der EU dazu auf, keine Staaten bei der Wahl in dieses Gremium zu unterstützen, welche die Grundrechte queerer Menschen nicht achten.

LiSL modernisieren

Als politischer Verband, der sich für die Rechte queerer Menschen einsetzt, ist für uns klar, dass auch wir uns stetig modernisieren müssen. Dabei wollen wir ohne Scheuklappen diskutieren, wie wir unserer Aufgabe noch besser nachkommen können. Wir begrüßen den Start des Leitbildprozesses LiSL+, der mit einer Mitgliederbefragung, einem bundesweiten offenen Leitbild-Workshop, qualitativen Interviews Externer und einer breiten Mitgliederbeteiligung zur strukturellen Modernisierung des führen soll. Dieser Prozess soll den Namen, die Marke, die Mission und die Zielgruppen des Verbandes inkl. Straight Allies ergebnisoffen beleuchten und der Bundesmitgliederversammlung 2022 konkrete Maßnahmen und Vorschläge – ggf. auch mit Alternativen – vorschlagen¹⁵¹ Außerdem soll Inhalt der Projektgruppe auch eine moderne Verbandsstruktur sein, die ansprechend für queere Menschen aller Couleur ist, so dass Diversity nicht nur ein politisches Anliegen sondern auch gelebte Kultur des Verbandes wird.